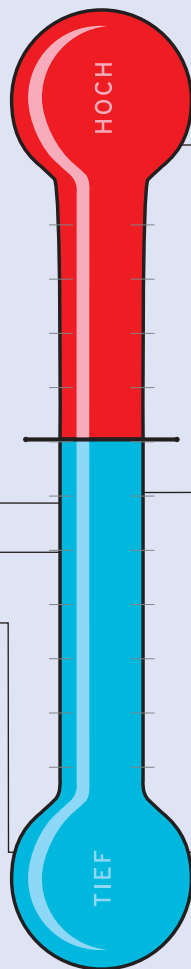


DAS WUM-OMETER

NO KIDS ALLOWED! Alle möglichen Zusatzgebühren reichen offenbar noch immer nicht: Mehrere Billig-Airlines haben nun Kinder aus bestimmten Bereichen in ihren Flugzeugen verboten. Sie reservieren diese Zonen für Erwachsene, die bereit sind, für „etwas mehr Ruhe“ einen weiteren Aufpreis zu zahlen. Was kommt da wohl als Nächstes?

RATENZAHLUNG. Einem 84-jährigen Italiener wurde mehr Pension überwiesen, als ihm zustand. Die Pensionskasse forderte den Betrag nun zurück, räumte dem Mann aber gleich eine Ratenzahlung ein. Der Gesamtbetrag der Rückforderung hat schließlich eine unübliche Höhe: Es geht nämlich um sage und schreibe 1 Cent! Wir finden: Sehr kulant!

ENERGIEWENDE. NÖ-VP-Landesrat Pernkopf gibt gerne den Ökostrahlmann. NÖ ist aber bei der Sanierung vieler Gebäude säumig. Was tun? Laut Beschluss im ÖVP-dominierten Landtag am 6. Nov. 2013, ganz ohne Medientamt: Änderung der Gebäude-Energieeffizienz-VO 2008: Der Energieausweis für öffentlichen, Gebäude muss zwar gemacht, aber nicht ausgehängt werden. Energieausweis ausgewiesen!



AUSGEPACKT. Eine Tasse Mehl aus dem Supermarkt – diese Vorstellung könnte bald Realität werden: Drei Freundinnen aus Berlin eröffnen 2014 „original unverpackt“, den ersten Supermarkt, der fast komplett auf Einzelverpackungen verzichtet.

TAUBENDOPING. Unlängst wurden sechs belgische Brieftauben in einem Labor in Südafrika positiv auf verbotene Substanzen getestet, darunter auch Kokain. Der „Taubensport“ hat nicht nur in Belgien Anhänger: Ein Chinese zahlte zuletzt über 300.000 Euro für eine Taube. Wir finden: Besser ein Spatz am Dach als eine Taube im Labor.

ENTGLEIST. Die Idee der deutschen Arbeitsgemeinschaft Inneres und Justiz: „Um eine Alternative zur Freiheitsstrafe ... zu schaffen, ... werden wir das Fahrverbot als eigenständige Sanktion im ... Strafrecht einführen“ hat es in den deutschen Koalitionsvertrag (Seite 146) geschafft. Autoverzicht durch Führerscheinentzug ist für die Politik offenbar schlimmer als Gefängnis oder Geldstrafe. Da kommt Freude auf bei Bahncard-InhaberInnen- und ÖV-PendlerInnen.



UMWELTPOLITIK WOHLSTAND

Was ist Wohlstand, wie kann er erfasst werden, welche Indikatoren gibt es und welche Rolle spielen darin die Umwelt und die Nachhaltigkeit für die Bevölkerung? Umfasst Wohlstand also mehr als nur das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf? **Seite 10**

RUBRIKEN

Nachrichten	Seite 04
Kommentar	Seite 05
Umwelt in der EU, in Europa und der Welt	Seite 06
Aktuelles Interview	Seite 09
Aktion	Seite 25
Medien	Seite 29
Vor 15 Jahren	Seite 34
AK-Wissenschaft	Seite 35

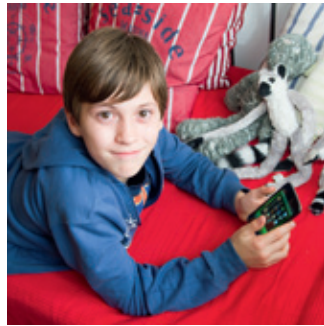
Wir brauchen das Geld aus einer Vermögenssteuer für Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Die Banken sollen sich wieder auf ihre Kernfunktionen beschränken. Die Finanzmärkte müssen endlich reguliert werden. Spekulationen auf Rohstoffe oder auf die Kreditwürdigkeit ganzer Staaten gehören verboten.

Rudi Kaske



BETRIEB
QUARZSTAUB

Quarzstaub verursacht im Bergbau und bei anderen Berufen Silikose und Lungenkrebs. Auch heute noch. Das muss sich ändern. Zum bestehenden Sozialpartnerrabkommen könnte ein EU-weiter Arbeitsplatz-Grenzwert beitragen. **Seite 26**



LEBEN
MOBILFUNK

Können die elektromagnetischen Felder des Mobilfunks die Gesundheit von Menschen beeinträchtigen? Derzeit können nur Präventionsmaßnahmen und ein vernünftiger Handy-Gebrauch vor eventuellen Gesundheitsrisiken schützen! **Seite 30**

SCHWERPUNKT DASEINSVORSORGE

Kommt eine neue Liberalisierungs- und Privatisierungswelle im Bereich der Daseinsvorsorge auf uns zu? Alles würde dadurch besser, schneller und billiger für alle Menschen, sagen die Betreiber. Ist das wirklich so? Zweifel sind angebracht. **Seite 13**



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien **Telefon** 01/501 65-DW **E-Mail** wirtschaft.umwelt@akwien.at **Redaktion** Mag. Sylvia Leodolter (Chefredakteurin), Dr. Wilfried Leisch (Redakteur) **Sekretariat** Christine Schwed (DW 2698) **Grafisches Konzept** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at **Layout & Infografik** Michael Haderer **Coverfoto** Zacarias da Mata/Fotolia.com **Druck** Ueberreuter Print und Digimedia, 2100 Korneuburg. Die in *Wirtschaft & Umwelt* veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder. **ISSN** 1028-4664



www.ak-umwelt.at

UZ-Platzhalter

ÖFFENTLICH VERKAUFT

Daseinsvorsorge soll Dienstleistungen und Infrastrukturen allen Menschen gleichermaßen zu leistbaren Preisen und in hoher Qualität zur Verfügung stellen. Dahinter steckt der öffentliche Auftrag, für das Dasein der Menschen im Sinne des Gemeinwohls und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Niemand soll von Trinkwasser, Mobilität, Energie, Kommunikation oder Bildung und Krankenversorgung und anderen öffentlichen Dienstleistungen ausgeschlossen werden. Die Daseinsvorsorge soll ein Bereich sein, der nicht der kurzfristigen Profitmaximierung, sondern einem langfristig orientierten demokratischen Auftrag gehorcht. Diesem müssen auch Arbeitsbedingungen und Einkommen in diesem Sektor genügen. Die konkreten Formen der Daseinsvorsorge sind nicht in allen Bereichen und EU-Ländern gleich. Aber das Bekenntnis zu öffentlichen Dienstleistungen als Aufgabe des Staates ist ein gemeinsames europäisches Erbe. Oder doch nicht? Die Liberalisierungs- und Privatisierungswellen versuchen, die Daseinsvorsorge den Märkten zu unterwerfen und privaten Anlegern Zugang zu öffentlichem Eigentum zu verschaffen. Die Daseinsvorsorge



ist ein verlockendes Gebiet für private Unternehmen: Gesicherte Aufträge, gesicherter Absatz, gesicherte Finanzierung und ein riesiges Auftragsvolumen. Der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler spricht dabei von einem jährlichen Volumen von mehr als 100 Milliarden Euro. Ein lukratives Geschäft! Die EU begründet ihre Liberalisierungsforderungen mit Kosteneffizienz und mehr Transparenz. Dagegen ist dann schwer etwas einzuwenden, wenn es in Fällen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand daran mangelt. Aber die realen Erfahrungen mit Liberalisierung und Privatisierung verfehlen das Ziel: Leistungen werden teurer, langfristige Investitionen unterbleiben, und gespart wird vor allem zulasten der Beschäftigten. Lösung: Öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand transparenter machen und die demokratische Kontrolle stärken, sonst wird öffentliches Eigentum verkauft und zerstört und das europäische Sozialstaatsmodell verliert eine unverzichtbare Säule. Sylvia Leodolter